

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-297.

Luther vor dem Reichstag.

Begründung des Vertragswerks von Locarno. — Der Weg zum wirklichen Frieden. — Absage an die Deutschnationalen.

Die heutige Reichstags-Sitzung, die für 11 Uhr angesetzt war, begann mit einer starken Verspätung. Man unterhielt sich inzwischen in den Wandelgängen über den gestrigen Beschluß der Deutschen Volkspartei und seine Bedeutung. Während die einen in ihm ein Bekenntnis zur großen Koalition erblicken wollen, weisen die anderen darauf hin, daß eine Regierung, die innerlich zu Locarno stehe, wohl auch gebildet werden könne, ohne daß alle Parteien, die innerlich zu Locarno stehen, in ihr vertreten sind.

Endlich, nach 12 Uhr, schwingt Präsident Lobe die Glocke. Seine Mitteilung vom Rücktritt des Reichsjustizministers Frenken wird ohne Bewegung aufgenommen, dagegen die Mitteilung, daß auch Herr Bazille, der württembergische Staatspräsident, wie Herr Schiele, der Erzminister des Innern, plötzlich krank geworden sind und um Urlaub bitten, Heiterkeit und Zwischenrufe hervor.

Diese Heiterkeit entspringt der beruhigenden Gewißheit, daß die beiden Herren sehr schnell sich wieder gesund fühlen werden, wenn erst die Abstimmung über Locarno vorüber ist.

Der Reichskanzler hält sich, wie gewöhnlich, an ein Manuskript, das seine eigene geistige Urheberschaft verrät. Wohlüberlegt, handfest und schwingelos ist ein Satz an den anderen gereiht. So erhebt sich der Beifall der Mitte und der Widerspruch rechts nur selten über ein sanftes Gemurmel. Manchmal fräht ein Ruf von ganz links dazwischen.

Der Reichskanzler schließt genau eine Stunde, nachdem er begonnen hat. Rückwärts und sachlich. Der Beifall hält sich in mäßigen Grenzen. Bei den Bültschen werden ein paar Zischlaute hörbar.

Dann teilt der Präsident mit, daß die Kommunisten einen Nichttrauensantrag eingebracht haben. Da die Regierung sowieso ihren Rücktritt angekündigt hat, wird diese Mitteilung mit Heiterkeit aufgenommen.

Um 12,40 Uhr ist die Sitzung zu Ende. Um 3 Uhr tritt der Auswärtige Ausschuß zusammen. Morgen um 10 Uhr geht die Debatte weiter; erster Redner wird Genosse Wels sein. Ihm folgt Westarp für die Deutschnationalen.

Schon lange vor Beginn der auf 11 Uhr angesetzten Sitzung, die die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Luther bringen soll, sind alle Tribünen außerordentlich stark besetzt. In den Diplomatenlogen sitzen zahlreich die Vertreter der auswärtigen Staaten. Am Ministerisch haben Reichskanzler Luther, Stresemann, Brauns, Ranig, Bekler Platz genommen.

Als Präsident Lobe um 11,35 Uhr die Sitzung mit einiger Verspätung eröffnet, sind auch die Abgeordneten vollständig zur Stelle. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vorträge von Locarno und den Eintritt in den Bültserbund.

Reichskanzler Dr. Luther:

Durch das Abschiedsgesuch der Deutschnationalen Reichsminister sah ich mich am 25. Oktober vor die Frage gestellt, ob ich als Reichskanzler ebenfalls zurücktreten sollte. Eine Bejahung dieser Frage würde eine wesentliche Beeinträchtigung der wichtigsten Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone und über die alsbald zu erwartenden Rückwirkungen der Abmachungen von Locarno bedeuten haben. Die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts waren mit mir der Ueberzeugung, daß es um des deutschen Volkes willen notwendig sei, die Verhandlungen mit allem Nachdruck weiterzuführen und daß es dazu bis zur Entscheidung über den Vertrag von Locarno durch die gesetzgebenden Körperschaften des Verbleibens der Reichsregierung im Amt bedürfe. Der Herr Reichspräsident hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Es ist alsbald der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden, daß das Kabinett seine Aufgabe darin sehe, den Gesamtatbestand über Locarno bis zur Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone vereinbart zu entwickeln. Daraus ergibt sich die Folgerung, die ich in Uebereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung ausspreche, daß nach Erledigung des Vertrags von Locarno die Reichsregierung dem Herrn Reichspräsidenten ihr Rücktrittsgesuch zu überreichen hat, um eine

Neubildung des Kabinetts

zu ermöglichen. Was den Zeitpunkt für die Ausführung dieses Entschlusses im Falle einer Annahme der Vorträge über den Vertrag von Locarno anbetrifft, so bin ich zwar der Ueberzeugung, daß auch die Ausführung des Vertrags von Locarno durch ein Kabinett zu erfolgen hat, dessen Zusammensetzung die positive Einwirkung zum Vertragswerk gewährleistet. Andererseits schließt die unmittelbare Aufgabe des jetzigen Kabinetts durch Unterzeichnung des Vertrags abgeklungen zu sein. Das Reichskabinett wird also, falls die Voraussetzungen für die Unterzeichnung am 1. Dezember gegeben sind, nach der Rückkehr der Bevollmächtigten aus London seine Aemter in die Hände des Herrn Reichspräsidenten legen. Steht das gegenwärtige Reichskabinett in Erfüllung eines genau begrenzten Zweckes vor dem Reichstag, so wird es meine Aufgabe sein, den sachlichen Inhalt des Vertragswerks von Locarno in seinen Hauptzügen darzulegen, einschließlich der bis jetzt erzielten Rückwirkungen und der die Räumung der Kölner Zone betreffenden Angelegenheiten. Dieser nun mir immer so genannte Gesamtatbestand liegt jetzt zur verant-

wortlichen Entscheidung über Ja oder Nein vor dem Reichstag. Je verwirrter das Bild der öffentlichen Meinung über das Vertragswerk und seine allgemeinen politischen Zusammenhänge geworden ist, desto notwendiger ist es, den Blick ganz fest auf den Tatbestand zu richten.

In der Darstellung will ich mit den Fragen beginnen, die dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit am deutlichsten vor Augen stehen. Das sind

Die Rückwirkungen, zumal in ihrer Bedeutung für die rheinische Bevölkerung.

Diese Rückwirkungen stellen im Verhältnis zum Vertragswerk selbst in keiner Weise Gegenleistungen oder gar ein Handelsgeschäft dar. Die rheinische Bevölkerung hat es von sich aus in echt vaterländischer Gelste mit Nachdruck abgelehnt, daß irgendwelche Vorteile, die sie gewinnen könnte, mit politischen Gesamtnachteilen Deutschlands erkauft werden sollten. (Bravol in der Mitte.) Vielmehr kann die Entscheidung über das Vertragswerk von Locarno nur aus ihm selbst, nur aus der Bewertung seiner allgemeinen politischen Bedeutung erfolgen. Der Sinn dieses Vertragswerkes kann kein anderer sein als der, neue und bessere Grundlagen für die friedliche Weiterentwicklung aller Länder Europas zu schaffen. Ist dem aber, so, so muß sich diese

Rücktritt des Kabinetts Painlevé

Nationaler Block, Kommunisten und Soucheur-Gruppe stürzen die Regierung.

Paris, 22. November. (U.) Nachdem der Artikel, der die Konsolidierung der Schahanweisungen für die Dauer von 25 Jahren vom 1. Januar an vorsieht, Sonntag nachmittag in der Kammer mit 273 gegen 249 abgelehnt worden war, begab sich Painlevé zum Präsidenten der Republik, um ihm die Gesamtdemission des Kabinetts zu überreichen. Die Demission wurde angenommen.

In politischen Kreisen nimmt man mit Bestimmtheit an, daß der kommende Ministerpräsident Briand sein wird. Als Finanzminister wird Doumer genannt. Die Kammer hat sich auf Dienstag vertagt.

(Weitere Meldungen siehe dritte Seite.)

neue Entwicklungsrichtung auch bei all den Deutschland auferlegten Beschränkungen auswirken, die mit einem wahren Friedenszustand unvereinbar sind, die den friedlichen Wiederaufbau hemmen und die dadurch auch, was für die anderen Staaten von besonderer Wichtigkeit ist.

Deutschlands Fähigkeiten zur Erfüllung der Reparationsleistungen beeinträchtigen.

(Sehr wahr! in der Mitte.) Gerade in dieser Stunde, wo die deutsche Reichsregierung sich mit fester Entschlossenheit zu dem großen Friedenswerk von Locarno bekennt, muß ausgesprochen werden, daß auch vom Standpunkt unserer Vertragsgegner durch den Abschluß dieses Friedenswerks die Befähigung deutschen Landes ihre innere Begründung verliert. Deutschland ist nicht nur in jeder Beziehung bereit, sondern hat durch den tatsächlichen Gang der Ereignisse bewiesen, daß es an die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gemäß dem Londoner Abkommen alle seine Kräfte setzt. Diese Abmachungen haben obendrein besondere Einrichtungen und Organe vorgeesehen, denen die Mitwirkung bei der Einführung der übernommenen Reparationsverpflichtungen obliegt. Wenn nun noch das Vertragswerk von Locarno abgeschlossen wird, so ist damit die insbesondere von Frankreich stets geforderte Regelung der Sicherheitsfrage ebenfalls erfolgt.

Angesichts dieses doppelten Tatbestandes fällt das deutsche Volk mit doppelter Schwere, wie schwer die bloße Last der Bezeichnung als fortgesetzte feindliche Bedrückung und als Ausdruck des Mißtrauens empfunden werden muß.

Das deutsche Volk rechnet darauf, daß gerade auch das französische Volk, das stets von tiefem nationalem Gefühl befeuert war und befeuert ist, in der jetzt beginnenden Entwicklung dieser selbstverständlichen deutschen Einstellung Rechnung trägt. Da aber das deutsche Volk heute noch nicht zu sehen vermag, wann sich seine Hoffnung auf eine Beendigung der Befragung verwirklichen wird, so sollten sich ausländische Stimmen nicht über den Mangel an Freudigkeit beklagen, der sich vielfach auch bei denen zeigt, die bereit sind, dem Vertragswerk von Locarno ihre volle Zustimmung (lebh. Beifall in der Mitte) zu geben. Wer einen ja mühsamen und dornenbesetzten Weg des Wiederaufstiegs zurückzulegen hat, wie das deutsche Volk, wird auf den einzelnen Stufen auch dann die Jubelstimmung nicht aufbringen, wenn die Stufe an sich einen unverkennbaren Schritt nach oben darstellt.

Wenn in den anderen beteiligten Ländern vielfach eine freudige Zustimmung zum Abschluß von Locarno fundiert ist, so ist dies vom deutschen Interesse aus nur begründenswert, weil ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege des Friedens nur dann erzielt werden kann, wenn alle beteiligten Länder von den Abmachungen Nutzen haben. Deshalb kann aus der warmen Zustimmung in den anderen Ländern auch in keiner Weise abgeleitet werden, daß Deutschland nicht auch etwa wesentliche Vorteile aus dem Abschluß hätte. Aber

das deutsche Volk ist durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen Argwohn gegen vertragsmäßige Vorgänge und grundsätzliche Verheißungen erfüllt, daß es erst dann geneigt ist, zu glauben und zu vertrauen, wenn es Tatsachen sieht.

Deshalb das dringende Verlangen, alsbald eine Wirklichkeit von Rückwirkungen zu erleben. (Zustimmung in der Mitte.)

So ist es verständlich, daß es einem großen Teile des deutschen Volkes schwer wird, das Vertragswerk von Locarno rein als solches zu würdigen und daß sie ihm mit gefühlsmäßigen Hemmungen gegenüberstehen, die in dem Fortbestehen der Besetzung und den sich hieraus ergebenden Bedrückungen ihre Ursache haben.

Unabhängig von der Frage der Rückwirkungen ist und bleibt für das deutsche Volk die Räumung der Kölner Zone. Seit dem 10. Januar besteht nach der stets festgehaltenen deutschen Auffassung ein Rechtsanspruch auf Räumung der Kölner Zone. Auch abgesehen von diesem Rechtsanspruch hat das deutsche Volk nie begehrt, daß man wegen eines an der Gesamtabrüstung gemessenen unerheblichen Restes der Abrüstung ein volles Drittel der Besetzung aufrechterhalten hat. (Sehr wahr! in der Mitte.)

Die Räumung der Kölner Zone ist in bestimmter Weise und zu bestimmten Terminen nunmehr beschloßen. Diese Termine sind unabhängig von der Erledigung der Entwaffnungsforderungen festgesetzt. Gleichzeitig ist aber auch für die Entwaffnungsforderungen eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt. Die Erörterungen über die Luftfahrnote sind in Gang gebracht. Alles einzelne über

die Entwaffnung

im übrigen ist aus dem dem hohen Hause vorliegenden Weißbuch zu entnehmen. (Zurufe rechts und bei den Komm.) Fragen über diese werden bereits heute nachmittag im Auswärtigen Ausschuß beantwortet werden können.

Was nun die Rückwirkungen selbst anbetrifft, so ist auch ihr derzeitiges Ausmaß durch das Weißbuch und durch die dem hohen Hause besonders zugängliche Debatte vom 308 der Rheinlandkommission bekannt. Ich möchte an dieser Stelle nochmals aussprechen, daß

die beiden Locarnoer Delegierten das volle Vertrauen gewonnen haben, daß die Außenminister der anderen Länder sich mit allem Nachdruck für möglichst weitgehende alsbaldige praktische Rückwirkungen des Abschlusses einsetzen wollten und eingesetzt haben.

Will man zur richtigen Würdigung dessen kommen, was tatsächlich inzwischen an Rückwirkungen in Erscheinung getreten ist, so ist man an derjenigen Wende des Weges angekommen, wo die Wünsche und berechtigten Gefühle ihre realpolitische Nachprüfung an Hand der internationalen Gesamtlage erfahren müssen. Auf dem schwierigen Wege des deutschen Wiederaufstiegs kann uns

richtiger Führer nur eine durchaus nüchterne Betrachtung der Dinge

sein. Es ist gerade die schwere Aufgabe der politisch Verantwortlichen, sich nicht von gefühlsmäßigen Einstellungen hinreißen zu lassen, sondern umgekehrt, ohne den festen Willen zur Erreichung des Zieles zu lähmen, unserem Volke den Maßstab der harten Wirklichkeit nahezubringen. Besonders aber darf die eigene Entscheidung der verantwortlichen Organe nur von solcher realpolitischen Betrachtungsweise bestimmt werden. Der praktische Weg unseres Volkes nach oben wird nur stufenweise vor sich gehen. Ein Rückblick auf das, was in den letzten Jahren geschehen ist, kann uns freilich mit dem stärksten Bewußtsein erfüllen, daß dieser Weg trotz aller Not in seiner Hauptrichtung nach oben führt. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, dieser Glauben an das deutsche Volk und seine Entwicklung habe ich. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Selbstverständlich ist auch bei den bisher vorliegenden Rückwirkungen noch eine nie ermüdende Ergänzungsarbeit durch die Organe der deutschen Regierung zu leisten. Dabei will ich aber offen die Ueberzeugung der deutschen Regierung aussprechen, daß die bereits ausgeprochenen oder getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit wesentliche Erleichterungen in den besetzten Gebieten bedeuten, und daß sie zum Teil auch von grundsätzlicher Tragweite sind. Das gilt in erster Linie von der restlosen Abschaffung des Delegiertensystems. Natürlich wird außerordentlich viel darauf ankommen, wie weit und wie schnell die Zahl der fremden Truppen vermindert und welche Rücksicht dabei auf die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten genommen wird. Bei dieser wie bei allen anderen Fragen liegt sicherlich sehr viel Entscheidendes in der Ausführung.

Der neue deutsche Rheinland-Kommissar

wird nach dieser Richtung eine besonders große und verantwortliche, aber für die gesamte Zukunftsentwicklung vielleicht entscheidungsvolle Arbeit zu leisten haben. Die Grundlage dazu wird ihm die feste deutsche Einstellung im Sinne des Vertragswerkes von Locarno bieten.

Ich gebe der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß auch alle Organe der Befehlsmächte gemäß dem bestimmt befundenen Willen ihrer Außenminister mitwirken werden, der rheinischen Bevölkerung und dem gesamten deutschen Volk die verheißene Last nach allen Möglichkeiten zu erleichtern. Die deutsche Regierung erklart somit in dem Gesprochenen und in Ausführung Begreiften einen

Beweis dafür, daß die Rückwirkungen sich vollziehen.

Nie aber ist der Rückwirkungsgebanke so verstanden worden, als sollte oder könnte das ganze Maß der Rückwirkungen sofort in Erscheinung treten. Vielmehr muß dieser Gedanke weiter getragen werden durch seine eigene innere Logik. Locarno ist eben, wie der britische Außenminister wiederholt ausgesprochen hat, und wie auch wir nicht oft genug wiederholen können, kein Ende, sondern ein Anfang. (Widerspruch und Zustimmung.)

Wenn ich nunmehr zu der Schilderung des Vertragswerkes von Locarno selbst übergehe, so stelle ich an die Spitze der Betrachtung die Frage des Eintritts in den Bültserbund, von deren Bejahung nach der Locarnoer Abmachung die Intraffizierung des

...anten Vertrages abhängt. Mit dieser Frage verbinden sich sehr ernste Sorgen, die sich auf die Gesamteinstellung Deutschlands in der internationalen Politik beziehen. Aber auch gefühlsmäßig bewegt die Frage des Völkerbundes das deutsche Volk besonders tief. Hier laufen zwei Strömungen im deutschen Volke gegeneinander an: die eine sieht gerade im

Eintritt in den Völkerbund die Vermittlung einer neuen Lebensgrundlage für das Völkerverhalten Europas

und damit auch einen festen Ausgangspunkt für die Wiedergewinnung der Deutschland gebührenden Stellung; die andere Strömung ist davon beherrscht, daß der Völkerbund nach seiner Gründung zunächst nichts anderes zu sein schien, als ein Instrument zur Fortsetzung der gegen Deutschland gerichteten Politik von Versailles. (Zustimmung der Dnat. und der Komm.) Nun handelt es sich aber nicht nur darum, in diesem Widerstreit der Auffassungen die nüchternen Linie des deutschen Interesses festzuhalten, sondern es handelt sich um die ganz entscheidende Frage, ob und wie sich Deutschlands gesamte weltpolitische Lage durch den Eintritt in den Völkerbund verändern könnte. Dabei steht im Mittelpunkt die Sorge, ob Deutschland etwa durch diesen Eintritt eine Bestorientierung in Sinne einer Abwendung vom Osten vollziehen würde. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich eine solche Option zwischen West und Ost in Deutschlands geographischer Lage für einfach und möglich halte. Nach dieser Richtung sind die Erklärungen des britischen Außenministers, daß dem Völkerbund und der Politik der Völkerbündelstaaten jede aggressive Absicht gegen Rußland fernläge, besonders bedeutungsvoll. Daneben aber muß Deutschland von sich aus das Seine tun, um sich denjenigen Schutz gegen etwaige zukünftige politische Gefahren zu sichern, der in Deutschlands geographischer Lage unerlässlich ist. Hier stehen wir vor der großen Frage des

Art. 16 der Völkerbundsatzung.

So viele Erörterungen bisher über den Artikel 16 innerhalb und außerhalb des Völkerbundes auch stattgefunden haben, so unterliegt es doch nach der Völkerbundsatzung und der Entschlieung der Völkerbundsatzung keinem Zweifel, daß gegen den Willen seines Landes, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, jemals eine für das betr. Land bindende Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob in einem gegebenen Falle die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 16 und gegen welchen Staat als Friedensbrecher sie vorliegen. Die Möglichkeit, daß wir uns in der einen oder anderen Form an einem Exekutionsverfahren gegen einen Staat beteiligen müßten, den wir selbst gar nicht als Friedensbrecher, d. h. als Angreifer, ansehen, ist also von vornherein ausgeschlossen. (Zuruf rechts: Und das Durchmarschrecht?) Die Frage eines Durchmarsches wird in keiner Weise anders behandelt, als eine andere Exekutionsmaßnahme. (Zustimmung in der Mitte. — Gegenrufe rechts und bei den Kommunisten.) Somit taucht die Frage unserer Teilnahme an einer Bundesexekution überhaupt erst dann auf, wenn auch wir selbst die Frage, wer bei diesem bewaffneten Staatenstreit zurzeit den Angriff eröffnet hat, für geklärt erachtet. Selbst wenn nun aber die Angriffsfrage von uns zugunsten des einen oder anderen Staates bejaht wird, so ist keine Instanz gegeben, die etwa gegen unsere eigene Auffassung mit bindender Wirkung für uns darüber zu entscheiden hätte, welche konkreten Einzelmaßnahmen deutscherseits zu treffen wären.

Es entfällt auch auf keinen Fall das Recht eines anderen Bundesmitgliedes, uns in irgend einer Form gegen unseren Willen zu einer Exekutionsmaßnahme, z. B. zur Duldung des Durchmarsches, zu zwingen.

Diese Auffassung findet einen sehr deutlichen Ausdruck z. B. auch in dem bekannten Bericht über das Genfer Protokoll, in dem es u. a. heißt: „Jeder Staat entscheidet über die Art, wie er seinen Verpflichtungen nachkommen wird, nicht aber darüber, ob diese Verpflichtungen bestehen, d. h. jeder Staat behält die Entscheidung über das, was er tun wird, nicht aber über das, was er tun soll.“

Dieser hier angeführte Satz bestätigt die Richtigkeit der soeben geschilderten juristischen Auffassung; auf der anderen Seite betont er den selbstverständlichen Grundgedanken, daß dieses freie Ermessen der einzelnen Staaten mit dem allgemeinen Grundgedanken der Erfüllung der Bundespflichten im Einklang stehen muß. Und das ist gerade der Punkt, an dem die Erwägungen einfließen und einleiten mußten, die zu unseren Bedenken gegen den Artikel 16 geführt haben. Es ist

für Deutschland selbstverständlich, daß es dem Völkerbund nur in aufrichtiger Bundesgesinnung und ohne versteckten Vorbehalt beitreten kann.

Er kann aber andererseits nicht außer Betracht lassen, daß der praktischen Betätigung seiner Bundesgesinnung gerade bei einer etwaigen Anwendung des Artikels 16 in vielen Fällen besondere Schranken gezogen sein werden. Das ist die Folge seiner völligen Entwaffnung, deren Bedeutung und Gefahren durch Deutschlands zentrale geographische Lage noch außerordentlich verstärkt werden. Aus diesem Grunde kam es darauf an, noch vor dem Eintritt in den Völkerbund sicherzustellen, daß Deutschland sich nicht in Verfolg der durch seine besondere Lage gegebenen Umstände dem Vorwurf eines unloyalen Verhaltens und damit der Gefahr einer moralischen Isolierung aussetzt. Dieses Ziel wird durch die in Locarno vereinbarte Erklärung zum Art. 16 erreicht. Denn diese Erklärung stellt fest, daß Deutschland zur Beteiligung nur insoweit verpflichtet ist, als dies mit seiner militärischen und geographischen Lage verträglich ist. Diese Erklärung bezieht sich hinsichtlich der Verpflichtung Deutschlands sowohl auf die wirtschaftlichen wie auf die militärischen Hilfsmittelmaßnahmen, wie auch auf die Duldung des Durchmarsches. Die Erklärung erkennt somit ausdrücklich an, daß Deutschland berechtigt ist, bei der pflichtmäßigen Prüfung der Frage, ob und inwieweit es sich an einseitigen Exekutionsmaßnahmen beteiligen will, den besonderen Nachsatz anzulegen, den ihm seine besondere Lage vorschreibt. Das ist an sich für Deutschland kein Ausnahmerecht, sondern nur eine Anwendung der Grundzüge, die von den Organen des Völkerbundes allgemein für die Durchführung des Artikels 16 anerkannt worden sind.

Daß aber diese Erklärung Deutschland gegenüber besonders begünstigt worden ist, trägt der besonderen Tragweite Rechnung, die sich für Deutschland aus seiner geographischen und militärischen Lage ergibt.

Bei diesem ganzen von mir dargelegten Sachverhalt stehe ich nicht an zu erklären, daß nach der jetzt geklärten Auslegung des Art. 16 sich aus ihm keine Gefahren für Deutschland ergeben.

Wenn somit durch die Verhandlungen in Locarno für Deutschland hinsichtlich des Art. 16 die Grundlagen geschaffen sind, um in den Völkerbund eintreten zu können, so waren doch auch in Beziehung zum Völkerbund selbst, und zwar nach Auffassung der Reichsregierung vor dem Eintritt eine Reihe weiterer Fragen zu klären und Zweifel auszuräumen. Ich erwähne nach dieser Richtung, daß das im hohen Maße häufiger besprochene deutsche Völkerbunds-Memorandum vom 9. September 1924 nach seinem ganzen Inhalt aufrechterhalten worden ist. Aus dem Schriftwechsel, der sich an diese Völkerbundsmemorandum angegeschlossen hat, und aus den Erklärungen in Locarno ergibt sich,

daß Deutschland des Stiles im Völkerbundsrat und einer entsprechenden Vertretung in der Völkerbundsverwaltung sicher ist.

Wegen der Kolonialfrage ist das Recht Deutschlands auf Kolonialmandate ausdrücklich anerkannt worden. Wir erwarten, daß diesem seinen Anspruch auch praktisch Rechnung getragen wird. Was endlich die Frage einer Anerkennung moralischer Belastungen, insbesondere die Kriegsschuldfrage, betrifft, so hat die deutsche Regierung vor Beginn der Verhandlungen in Locarno gegenüber den Verhandlungsgegnern ihre Auffassung in der Kriegsschuldfrage, insbesondere auch wie sie durch die Erklärung der Regierung Marx vom 16. August 1924 festgelegt worden ist, förmlich zur Kenntnis gebracht und hat ihr Festhalten an ihrer Auffassung auch bei den Verhandlungen in Locarno ausgesprochen. Dieser Standpunkt der deutschen Re-

gierung wird auch bei unserem Eintritt in den Völkerbund festgehalten werden.

Sind somit die Voraussetzungen erfüllt, unter denen Deutschland seine grundsätzliche Geneigtheit zum Eintritt in den Völkerbund durch die Note vom 9. September 1924 zu erkennen gegeben hat, so ist der tatsächliche Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur ein Voranschreiten auf der bisher gegebenen und übrigens auch in der von mir abgegebenen Regierungserklärung vom 19. Januar d. J. festgehaltenen Linie. Gleichwohl möchte ich nicht unausgesprochen lassen, daß nach meiner Ueberzeugung die inneren Gründe für den Eintrittsbeschluß in der Zwischenzeit an Gewicht zugenommen haben. Denn ich vermag das Verhandlungsergebnis von Locarno, auf das ich des Näheren noch zu kommen habe, nicht anders zu verstehen, als daß es einen wirklichen Fortschritt im Sinne der Stärkung der Friedenskräfte in Europa darstellt. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß

Deutschland eine große innere Kraft überhaupt nur auf den Bahnen des Friedens zu entwickeln vermag.

Deutschland wird also in dem Zustande, in dem es sich nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges befindet, sein natürliches Gewicht im Völkerbund für alle Fragen, die dem deutschen Staat und die das deutsche Volk innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen bewegen, je mehr zur Geltung bringen, je stärker die Kräfte des Friedens, in deren Anwendung Deutschland ein Gleiches unter Gleichen ist, zur Auswirkung kommen. (Lebh. Beifall in der Mitte und links.) Es ist für mich ein unverständlicher Kleinmut anzunehmen, daß Deutschland, wenn es jetzt Mitglied des Völkerbundes und Völkerbundsrates ist, dadurch nicht die Möglichkeit gewinnt, deutsche Interessen kräftiger zu fördern.

Das Maß dieser Möglichkeiten wird nicht zuletzt von Deutschlands entschlossener Weiterarbeit auf der in Locarno beschriebenen Bahn abhängen.

Auch die Investigativfrage, für deren Lösung in dem von Deutschland allein annehmbaren Sinne in den Ausdrücken in Locarno eine weitgehende Klärung erfolgt ist, wird in ihrer praktischen Handhabung und Weiterentwicklung sehr wesentlich davon abhängen, daß Deutschland den Sitz im Völkerbundsrat inne hat.

Zu den in Locarno mit allem Nachdruck gestellten Fragen gehört die allgemeine Abrüstung.

Es ist ganz selbstverständlich, daß Deutschlands Friedenskraft erst dann voll zur Geltung kommen kann, wenn auch auf dem Abrüstungsgebiet die Ungleichheit beseitigt ist.

Eine wirkliche Gleichheit der Lage zwischen entwaffneten und waffenstarken Mächten ist nicht denkbar. Die bestehende ungeheure Ungleichheit des Rüstungszustandes schließt sogar die unmittelbare Gefahr ein, daß immer wieder die Waffenkraft der bewaffneten Mächte zum Vorstoß in den an Waffen leeren Raum der abgerüsteten Staaten drängt. Gerade darum muß Deutschland alles daran setzen, den Gedanken der allgemeinen Abrüstung, wie er im Versailler Vertrage festgelegt ist, jederzeit wach zu halten und vorwärts zu treiben. Die grundsätzliche Zustimmung der Vertragsgegner von Locarno zu fortschreitender Abrüstung ist in den Verhandlungen und im Schlußprotokoll ausgesprochen. Auch der britische Außenminister hat die Bedeutung der Abrüstungsfrage in seiner letzten Parlamentsrede vom 18. November wiederum stark betont. Eine weitere Wirksamkeit Deutschlands in der Richtung der Abrüstung ist praktisch nur im Völkerbund denkbar.

Man braucht die Aussichten in dieser Richtung nicht zu überschätzen, aber es darf auch nicht vergessen werden, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung zurzeit nicht mehr ein bloßes Ideal oder eine bloße Utopie ist.

Der Gedanke bietet vielmehr einen durchaus praktischen Bestandteil der Politik der Mächte, einen Bestandteil, der um so bedeutender ist, als er von sehr realen Interessen getragen wird.

Die Reichsregierung erblickt somit im Eintritt in den Völkerbund in keiner Weise eine Schwächung der deutschen politischen Lage, sondern umgekehrt die Gewinnung einer neuen Plattform, auf der es möglich sein wird, in angestrengter und mühsamer Arbeit die Interessen des deutschen Reiches und des deutschen Volkes zu fördern. Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bekommt jedoch ihre ganz bestimmte Note erst durch die Verbindung mit dem Sicherheitspakt und den Schiedsverträgen. Denn Sicherheitspakt und Schiedsverträge stellen einen erheblichen Schritt zur Bedeung und Stärkung gerade jener Kräfte des Friedens dar, die Deutschlands Stellung innerhalb und außerhalb des Völkerbundes zu festigen geeignet sind.

Vorher ich nun den Hauptinhalt des Vertrages von Locarno selbst schildere, muß ich in einem kurzen Wort auf die bisher vielfach geübte

Art der Kritik

eingehen. Die Bemühungen der Reichsregierung, auch die breite Öffentlichkeit über Inhalt und Sinn der Vertragsterme aufzuklären, sind vielfach durchkreuzt worden durch Versuche, Auslegungszweifel in die Erörterung zu werfen, die die von Regierungseite gegebene Darstellung als zweifelhaft, als einseitige oder sogar gefälschte Auslegung hinstellen. Man hat Widersprüche zwischen dieser Auslegung und angeblichen autoritatösen Auslassungen von anderer, insbesondere ausländischer Seite feststellen zu können geglaubt. Verallgemeinernde Bemerkungen, die das Vertragswerk in eine ganz unrichtige Perspektive rücken, haben dabei manchmal eine erhebliche Rolle gespielt.

Ich muß demgegenüber feststellen, daß mir, obwohl ich die Äußerungen des Auslandes über die Locarnoverträge mit größter Sorgfalt verfolgt habe, darunter bisher keine Äußerung von irgendwie autoritatöser Bedeutung befannt geworden ist, die mit unserer eigenen Darstellung in wirklichem sachlichen Widerspruch stände.

(Wärmende Zurufe rechts. Gegenrufe in der Mitte und links.) Der Reichsminister sagt auf einen Zuruf: Nein, das heißt nur, daß von dem geraden Weg nicht ablenken zu lassen durch Erörterungen, die mit dem Vertragstext gar nichts zu tun haben.

Ich will auch an dieser Stelle den Inhalt des Vertragswerkes noch einmal in seinen wesentlichen Teilen wiedergeben, wobei ich mich nur auf den Vorlaut der Verträge selbst zu stützen brauche.

Das Kernstück des Vertragswerkes bildet der Westpakt zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Italien. Er ist bestimmt, unsere Grenzen im Westen zu bescheiden. Dies bedeutet auf deutscher Seite den Schutz der Rheinlande, und zwar nicht nur gegen eine Verletzung der Grenze als solcher durch eine kriegerische Handlung, sondern auch gegen Gefahren, die ohne unmittelbare Grenzverletzung im Wege des See- und Luftangriffes auf deutsches Gebiet sich ergeben könnten. Die eigene Verpflichtung Deutschlands und Frankreichs sowie Deutschlands und Belgiens, nicht mit Angriffskrieg oder anderen aggressiven Gewalttaten gegeneinander vorzugehen, wird durch England und Italien, und zwar durch jeden dieser Staaten, besonders garantiert. Entschließt sich Frankreich oder Belgien, gegen Deutschland, oder entschließt sich umgekehrt Deutschland, gegen Frankreich oder Belgien zum Angriffskrieg oder zu einer Invasion, so müssen England und Italien dem angegriffenen Lande mit ihren Kräften zu Hilfe kommen. In flagranten Fällen, wo sich die Angriffsabsicht in der militärischen Ueberschreitung der Grenze oder in der Eröffnung von Feindseligkeiten auswirkt,

haben die Garanten dem angegriffenen Lande ihren Beistand sofort und ohne weiteres zu gewähren.

In anderen Fällen ist zunächst die Entscheidung des Völkerbundsrates herbeizuführen.

An die Stelle der somit im Westen unterbundenen kriegerischen Maßnahmen tritt ein Schiedsgerichtsverfahren für Rechtsstreitigkeiten und eine Schlichtungsverfahren für Interessenkonflikte. Das Schiedsgerichtsverfahren ist so aufgebaut, daß die streitenden Parteien sich dem Richterpruch endgültig unterwerfen,

Bei der Würdigung dieser Bestimmungen erhebt sich sofort die Frage,

in welchem Verhältnis der Westpakt zum Versailler Vertrag steht.

Es war, wie sich schon aus der deutschen Note vom 20. Juli ergibt, nicht das deutsche Verhandlungsziel, durch den Sicherheitspakt den Versailler Vertrag als solchen zu ändern. Dementsprechend heißt es im Artikel 6 des Westpakt, daß dieser die Rechte und Pflichten unberührt läßt, die sich für die am Westpakt beteiligten Staaten aus dem Vertrage von Versailles ergeben.

(Schluß im Morgenblatt.)

Volkspartei gegen die Deutschnationalen.

Entschlieung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm am Sonntag bei außerordentlich starker Beteiligung im Reichstag Stellung zum Vertrag von Locarno und zur innerpolitischen Lage im Reich, wobei Dr. Stresemann ein einleitendes Referat hielt. In der anschließenden Aussprache bekräftigten alle Redner, insbesondere auch die Vertreter der besetzten Gebiete, die Annahme der Verträge von Locarno. Die Furcht der Deutschnationalen aus der Verantwortung und aus der Zusammenarbeit mit der Volkspartei fand scharfe Beurteilung. Die Tagung endete mit der einstimmigen Annahme einer Entschlieung, in der zunächst der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß es notwendig sei, in Europa einen dauernden Friedenszustand zu schaffen. Gleichzeitig spricht die Partei ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die großen Auswirkungen des Vertrages sich erst zeigen können, wenn er in Kraft getreten ist; das Inkrafttreten des Vertrages sei daher erst der Anfang der zu erwartenden Entwicklung. Die Entschlieung betont, daß das Werk von Locarno alle Möglichkeiten friedlicher Aenderung der bestehenden Verträge offen läßt. Daher erklärt der Zentralvorstand vor dem deutschen Volke, daß er einmütig für das Werk von Locarno eintrete und die Fortsetzung der damit angebahnten Politik fordere, weil nur von dieser Politik die Freiheit der besetzten Gebiete, die Wiederherstellung der Souveränität und die Möglichkeit der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands als Großmacht erwartet werden könne.

Zur innerpolitischen Lage heißt es dann in der Entschlieung wörtlich: „Die Politik von Locarno ist von einer bürgerlichen Regierung geführt worden. Diese bürgerliche Regierung war das Ergebnis jahrelanger Bestrebungen der Deutschen Volkspartei, die bis zur Selbstentwaffnung dafür gekämpft hat, den Deutschnationalen die Mitwirkung an verantwortlicher Stelle der Reichsregierung zu sichern. Dieses Zusammenhalten des deutschen Bürgertums ist durch das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei zerprengt. Damit sind Gefahren für unsere innerpolitische und innerwirtschaftliche Entwicklung entstanden. In der frühesten Stunde der deutschen Entwicklung schenkte die Deutschnationale Volkspartei die Politik der Verantwortung, um die bequeme Oppositionsstellung wieder einzunehmen. Die deutschnationale Partei allein trifft die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich bedingt nach Abschluß des Vertrages von Locarno, daß die Reichsregierung nur aus Persönlichkeiten und Vertretern von Parteien bestehen kann, die gewillt sind, die Außenpolitik im Geiste des Werkes von Locarno weiterzuführen. Nur dadurch ist die Sicherheit gegeben, daß die Erfolge dieser Politik tatsächlich erreicht werden können. Die Deutsche Volkspartei wird sich ihrerseits auch in Zukunft in der Frage ihrer Stellung im Reich und in den Bundesstaaten nur von dem Gefühl verantwortlicher Mitarbeit leiten lassen.“

Die Aga geht in Konkurs.

Das Ergebnis der Gläubigerversammlung.

Die Aktiengesellschaft für Automobilbau Berlin-Lichtenberg (Aga) ist nun doch gezwungen, Konkurs anzumelden. Jedenfalls hat das der Gläubigerbeirat beschlossen, der am Sonnabend bis spät in die Nacht hinein tagte und in der Sitzung des Abganges und des unveränderten Schuldenbestandes des Unternehmens im Konkursverfahren den einzig möglichen Ausweg aus der Krise der Aga sieht.

Wahrscheinlich werden sich an den Zusammenbruch der Aga noch schwere Auseinandersetzungen der Gläubiger des Unternehmens mit den Banken anschließen. Der Aga waren nämlich bei der Auseinandersetzung des Dr. Edmund Stinnes mit seiner Familie noch erhebliche Kredite zugesagt worden, die man später dem Unternehmen verweigerte. Da nach der Ansicht vieler Fachleute des Unternehmens durchaus rentabel arbeitet und nur in der Kreditverweigerung der Banken der Anlaß zu dem Konkurs gesehen wird, will man die verantwortlichen Bankunternehmungen für den entstandenen Schaden haftbar machen. Ob das gelingen wird, muß dahingestellt bleiben. Die Banken werden sich wohl noch zu den Forderungen der Gläubiger äußern.

Für die Belegschaft spielt diese vermögensrechtliche Angelegenheit insofern eine Rolle, als von ihrem Ausgang die Zukunft und die Beschäftigungsmöglichkeit des Unternehmens in hohem Grade abhängt. Es ist zwar beabsichtigt, auch nach der Konkursanmeldung den Betrieb aufrecht zu erhalten. Mit welchem Erfolg das geschehen wird, das hängt wesentlich davon ab, ob eine rasche Vereinerung der Geschäftsverhältnisse der Aga stattfindet. Schon seit der Reise Dr. Edmund Stinnes nach Amerika soll eine Stöckung des Abganges bei dem Unternehmen eingetreten sein, die man darauf zurückführt, daß manche Interessenten ihre Käufe zurückgestellt haben, weil diese glaubten, aus der Konkursmasse billiger kaufen zu können. Im Interesse der Belegschaft ist daher zu fordern, daß das Konkursverfahren, das nur eine Vermögensauseinandersetzung der Kapitalisten untereinander darstellt, so rasch als möglich seinen Abschluß findet, damit der Betrieb nicht mehr als nötig darunter leidet. In der Aufrechterhaltung des Betriebes aber liegt das volkswirtschaftliche Interesse und das der Arbeiterschaft.

Wie WTB. meldet, hat das zuständige Amtsgericht heute vormittag die Geschäftsaufsicht der Aga aufgehoben und das Konkursverfahren eröffnet. Die erste Gläubigerversammlung findet am 18. Dezember 1925 statt. Konkursforderungen sind bis zum 15. Januar 1926 anzumelden.

Der Rahn-Konzern unter Geschäftsaufsicht.

Der Richard Rahn-Konzern, zu dem u. a. die Stock-Motorpflog, die Stock-Motorradwerke, die Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft, die Deutschen Riles-Werke und die Riehe-Werke sowie eine Reihe auswärtiger Betriebe gehören, hat jetzt Antrag auf Geschäftsaufsicht gestellt, der mit Antrag an Betriebsmitteln begründet wird. Diese Wendung bei dem noch jungen Konzern ist um so auffälliger, als erst kürzlich eine Regelung wegen seiner Schulden erfolgt ist, wobei insbesondere die Schulden an die Berliner Pfandbriefbank in einer befriedigenden Weise geordnet wurden. Trotzdem stößt dieser in der Inflation emporgelommene Konzern auf neue Betriebschwierigkeiten, die mit der allgemeinen Abwärtsentwicklung und der Kreditnot in Zusammenhang stehen.

Unter dem Schutz der Geschäftsaufsicht soll eine grundlegende Sanierung des Konzerns angestrebt werden.

Nach dem Sturz Painlevés. Die Sozialisten am Scheidewege.

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Den äußeren Anstoß zu dem Sturz des Ministeriums Painlevé hat die Ablehnung der in Artikel 5 der Finanzvorlage vorgezeichneten Zwangsconsolidierung (Zwangsausgabe) verhängenen Zwangsfristigen Anleihen gegeben. Gegen sie haben mit den Parteien der Rechten und der Mitte etwa 30 bis 40 Abgeordnete des Kartells der Linken sowie die Kommunisten gestimmt.

Gerade in dieser Frage war die Stellung des Ministeriums Painlevé außerordentlich schwierig geworden. Painlevé selbst hatte diese von den Sozialisten und einem großen Teil der bürgerlichen Linken geforderte Maßnahme noch in der vergangenen Woche scharf bekämpft. Erst die kategorische Ablehnung der von der Regierung in ihrem ersten Entwurf geplanten neuen Finanzmaßnahmen der Bank von Frankreich, d. h. in diesem Falle der Note- und Presse, zur Beschaffung der Mittel für die in den nächsten Wochen und Monaten fällig werdenden kurzfristigen Verbindlichkeiten des Staates hatte ihn gezwungen, sich mit der Hinüberziehung des Staates über die Rückzahlungen abzufinden. Nach Artikel 6 sollte dies in der Weise geschehen, daß zunächst ein bis 1. Januar 1928 dauerndes Moratorium eintrat, und daß danach die Zurückzahlung der zum größten Teil zu einer Laufzeit von 3-6 Jahren ausgegebenen Werte auf einen Zeitraum von 25 Jahren verteilt werden sollte. Der Widerstand, den Painlevé selbst anfangs gegen diese Bestimmungen leistete, hatte es der Rechten verhältnismäßig leicht gemacht, Painlevé mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen; Abg. Bolanowski, der den Angriff der Rechten führte, konnte sich darauf beschränken, all die Argumente ins Treffen zu führen, die Painlevé selbst vor kaum einer Woche in der Finanzkommission geltend gemacht hatte.

Die Regierung Painlevés ist nicht durch die Sozialisten gestürzt worden, wie es ein Berliner Montagsblatt behauptet, sondern ausschließlich durch die Rechte, diesmal jedoch verstärkt einerseits, die üblich, durch die Kommunisten, andererseits durch die Doucheur-Gruppe. Die Haltung von Doucheur, dessen 30 bis 40 Anhänger das Jünglein an der Wage bilden, war seit einigen Tagen schon überaus zweideutig. Es war ihm anzumerken, daß er mit allerlei Mandat den Sturz Painlevés betrieb.

Die Notwendigkeit einer schnellen Lösung der neuen Krise liegt auf der Hand. Gerade jetzt befindet sich die französische Währung in einer überaus unsicheren Lage, und jeder weitere Tag der Unsicherheit kann auf diesem Gebiete katastrophale Folgen haben. Zugleich sind aber die Schwierigkeiten dieser Lösung größer denn je. Eine Regierung der Mitte, die sich sowohl auf die Radikalen wie auf die Elemente des Nationalen Blocks stützen würde, würde dem klaren Willen der Mehrheit des französischen Volkes widersprechen; sie würde den endgültigen Bruch des Kartells der Linken zur Folge haben. Bis jetzt hat der weitaus größte Teil der Radikalen unter Führung Herriots einer Regierung der Mitte oder, wie der parlamentarische Ausdruck drüber lautet, eine „Regierung der Konzentration“ entschieden Widerstand geleistet.

Aber diese Regierung der Mitte, die in Wirklichkeit mit der Rückkehr des Nationalen Blocks an die Macht gleichbedeutend wäre, ist nicht aufzuhalten, solange die Sozialisten es ablehnen, in eine Kartellregierung einzutreten. Bisher waren die Anhänger der Koalitionspolitik in der Sozialistischen Partei in der Minderheit. Es ist aber klar, daß, je länger die sozialistische Fraktion mit ihren 100 Mandaten eine formelle Bindung an die Regierung durch Eintritt in das Kabinett ablehnt, desto schwieriger wird es den Radikalen sein, den Vorkurs des Nationalen Blocks Widerstand zu leisten.

Sehen die Sozialisten den Eintritt in die Regierung auch in der jetzigen, politisch und wirtschaftlich gleichermaßen gefährlichen Situation ab, dann zwingen sie die kartellfreundigen Radikalen und Sozialistisch-Republikaner, Anlehnung nach rechts zu suchen.

Andererseits muß man es begreifen, daß, wenn unsere französischen Genossen wenig Neigung verspüren, in eine Regierung einzutreten, und möchte ihre Zusammenlegung noch so vertrauenswürdig sein: abgesehen von den prinzipiellen Erwägungen sind es auch schwerwiegende taktische Bedenken, die gegen die Koalition sprechen.

Sollen die Sozialisten sich mit dem Odium der Wirtschaftsnote und der Teuerung belasten, falls auch ihre Regierungsmassnahmen infolge der Obstruktion der Kapitalisten nicht vermochten, den weiteren Frankensurz aufzuhalten?

Sollen sie die Verantwortung für das mit übernehmenden, was in Marokko und Syrien geschieht. Und schließlich: wäre eine ausgesprochene Linkregierung gegenüber dem reaktionären Senat überhaupt lebensfähig, bzw. hätten die Radikalen den Mut, gegebenenfalls den Kampf gegen einen widerspenstigen Senat aufzunehmen und, zu allen anderen Sorgen, noch einen Verfassungskrieg auszufechten?

Das alles sind außerordentlich heikle Fragen. Und wenn trotzdem in der gestrigen Sitzung des Linkskabinetts Männer wie Blum, Renaudel, Aurio und andere sich für die Regierungsbeteiligung ihrer Partei ausgesprochen haben, so entspringt das nicht zuletzt der Sorge, daß eine andere Politik das französische Volk dem sich auch dort in letzter Zeit im Schatten des Inflationsgepenstes regenden Faschismus in die Arme treiben könnte.

Die Frage der Regierungsbeteiligung der Sozialisten

Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine Sitzung der Kammeraktion des Linkskartells, an der jedoch nur die Sozialisten, die Radikalsozialisten und die republikanischen Sozialisten teilnahmen, hat am Sonntag nach reiflicher Aussprache über die geschaffene Lage am Mittwoch eine Entschliessung angenommen, in der die drei Gruppen erklären, daß sie ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken, die entschlossen ist, eine Politik zu führen, die dem Willen des französischen Volkes entspricht, die mit der in dem gegenwärtigen Augenblick notwendigen Stärke die republikanische Verfassung verteidigt und mit Energie die Sanierung der Finanzen anstrebt. Diese Entschliessung soll der Radikalen Linken unterbreitet werden.

Eine kurze Fraktionsführung der sozialistischen Gruppe am Sonntagabend hat vor allem der obermost akut gewordenen Frage der Beteiligung an der Regierung gegolten. Für den Eintritt in ein Kartellkabinett traten ein Paul Boncour, Renaudel, Aurio, Mistral, Weil und in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes Grumbach. Die bekannten Gegner der Beteiligung an der Regierung Paul Faure, Compère Morel und Lebas hatten der Sitzung nicht beigewohnt, so daß die Gegenseite nicht zum Worte kam.

Eine angenommene Entschliessung fordert die Vertreter der Fraktion auf, an allen Beratungen des Kartells teilzunehmen, und versichert, alles zu tun, um die von den Geldmächten und den faschistischen Antrieben bedrohte Republik zu retten.

Dem Gedächtnis der Toten.

Der „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ hat seine Mitglieder und Freunde im großen Saal im „Orpheum“ in der Hofenstraße versammelt. Der Saal ist stimmungsvoll und würdig ausgeschmückt. Die riesige Bühne prangt im fatten Grün des Vorbergs. Durch die hohen Fenster strömt das matte Herbstlicht eines traurigen Rebetages. Draußen fällt müdes Laub von den Bäumen, es kündigt vom ewigen Schicksal des Werdens und Sterbens. Und auch im dichtgefüllten Saal liegt eine große Schwere. Cello und Harmonium, von Künstlern des Hopy-Trios gespielt, leiten feierlich mit zauberhaften Klängen Bachs und Schumanns ein, Heinrich Witte vom Staats-Theater spricht mit wunderbarer Eindringlichkeit Goethe, Storm und Heibel; Herr Ernesti von der früheren Volkoper ergreift mit Schuberts „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“. Hunderte lauschen dem großen Wort und dem großen Lied, denken an den Sinn der Stunde, an den sie hier gemahrt werden. Lassen sich posten von der kurzen, gehaltenen Ansprache des Genossen Stellung: Unter Bedenken gilt in erster Linie denen, die für den Aufstieg der Menschheit gewirkt haben. Gruß und Dank den Bahnbrechern einer besseren Zeit und den Kämpfern für die Freiheit! Ferner auch erinnern wir uns der Opfer des von gewissenlosen Verbrechern injizierten Massenmordes von 1914 bis 1918; wir gedenken ihrer mit dem aus tiefstem Herzen kommenden Gebühn, die Bahn freimachen für Verständigung und Versöhnung der Völker. Mit Abscheu wenden wir uns von den Trägern der finsternen reaktionären Gewalt, die die gefallenen Söhne des deutschen Volkes noch im Tode schmähen, indem sie ihnen Denkmäler errichten, deren Inschriften nur von Haß und Rachsucht zeugen. Der Geist unserer Toten ruft zur Weisheit durchs Leben; er zeigt uns den Weg der Zukunft, die von uns den Kampf fürs Gute, den Kampf nach vorwärts verlangt. Wir wollen wirken für eine Gesellschaftsordnung, in der wahrer Friede, wahre Freiheit und wahre Kultur herrschen. Denken wir an unsere Pflicht! Dies will ein Tag der rechten Einsicht sein, denn aus den Gräbern kommt das große Hoffen. . . . Rein lauter Beifall verläutert den Nachhall in stiller Minute. Da ist mancher, der Familiennahe oder Genossen der Togsarbeit und der Gefinnungsgemeinschaft beklagt. Weicher, reicher Harfenklang, von Reiterhand dem Instrument entlockt, hält die Weisheit. Dann wieder Regitation, Gesang, Cellospiel, Harmoniumklang. Rezart und Händel! Bis uns kalte Dunkelheit umfängt. Reich beschenkt und in Gedanken, spüren wir kaum ihren rauhen Atem.

Der „Volks-Feuerbestattungsverein“ veranstaltete gestern Mittag in den Alhambra-Vierstufen, Ecke Müller- und Seestraße, eine Totengedächtnisfeier, verbunden mit einer Vorführung des wissenschaftlichen Films „Memento mori“, den der Feuerbestattungsverein vor einiger Zeit aufgenommen hatte. Der erste Teil brachte eine Uebersicht über das Bestattungsweisen von den Ägyptern bis zur Gegenwart; die folgenden Teile zeigten die Entwicklung des Volks-Feuerbestattungsvereins und die Vorgänge bei der Leichenverbrennung im modernen Krematorium. Gefangliche und rezitationale Vorträge umrahmten die Filmvorführung. Gut klang der Chor des Feuerbestattungsvereins, auch „der Solovortrag“ des Schumannschen Liedes „Du bist die Ruh“ zeigte künstlerischen Ausdruck. Am Abend veranstaltete der Volksfeuerbestattungsverein eine Erinnerungsfeier an die Toten in dem Konzertsaal der Stadt- und Hochschule für Musik. Die Gedächtnisrede hielt Dr. Pichowski; stimmungsvolle Musikvorträge umrahmten. Zu einer schlichten und würdigen Gedächtnisfeier hatten sich am

Sonntag die Kameraden des Kreisvereins Kreuzberg des Reichsbanners Schwarzwald-Rot-Gold am Grabe des erkrankten Reichsbannerführers Erich Schulz versammelt. Am Grabe selbst hatte schon in den frühen Morgenstunden eine Ehrenwache Aufstellung genommen. Genosse Harter Bleier hielt die Gedächtnisrede. Er war ein aufrechter Kämpfer, dessen Tod uns nur die Kraft gibt, weiterzukämpfen, auf daß in dem Lande, wo die Reichsbanner als politisches Abzeichen betrachtet werden, endlich die wahre Freiheit eintreten möge. Kamerad Beinaerd grüßte im Namen des Kreisvereins Kreuzberg des Reichsbanners Schwarzwald-Rot-Gold den toten Soldat der Republik, der im Kampfe für die Freiheit sein Leben opferte. Dann einige kurze Kommandos; die Reichsbannerleute nahmen im Vorbeimarsch grüßend Abschied von der Ruhestätte ihres Kameraden.

Zum Gedenken der im Krieg gefallenen und verstorbenen Kameraden hatte am Sonntag der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverstorbene im „Orpheum“ in der Hofenstraße eine feierliche Veranstaltung im Rahmen eines Besuchs aufwies. Auf der Bühne standen die umstorten, in den Farben der Republik gehaltenen Banner der einzelnen Ortsgruppen. Der Trauermarsch aus der 3. Sinfonie (Eroica) von Beethoven leitete die Feier ein. Der von Hermann Scherchen bearbeitete Trauermarsch, vorgetragen vom Kantöner Sängerkorps (Mittl. d. A.S.B.), folgte. Dann registrierten Gertrud Esfeldt und Martin Wolfgang vom Staatstheater. In der darauffolgenden Gedächtnisrede jand Kamerad Paul Wende zu Herzen gebende Worte für die in fremder Erde ruhenden Kämpfer des Krieges: Nie wieder Krieg! Nie wieder Massenmord! Der Trauermarsch aus Wagners „Götterdämmerung“ und der wuchtige Truggesang „Lord Sololon“, vorgetragen vom „Gesangverein 1919“, beschloß die Gedächtnisfeier.

Hanneles Himmelfahrt.

In Hunderttausend Ohren trug die Welle des Berliner Rundfunks Hauptmanns „Hannele“. So war die funktische Weisheit des Totensonntags mehr Feier als Theater. Kaum hätte etwas Besseres gefunden werden können. Der moderne Gerhart Hauptmann ist uns stets sehr nah. Alfred Kerr verlor das in seiner hübschen Einführungsrede zu erklären. Dieser Hauptmann, der das „Hannele“ sah, fühlte und dachte, ist uns nah; ihn lieben wir. Und preisen das Radio in der Hoffnung, daß Hanneles Schrei nach reiner Menschlichkeit die Bedeutung der künstlerischen Formgebung überdring. Soll das Sendespiel, sagte Kerr, seine Sendung erfüllen — bemeint nicht den Dammzustand der Erde, besser ist! Die Künstler geben sich große Mühe und erreichen sehr Schönes. In der Spitze Florath als Matern: schnapsgepackt, behärd, tiernah. Hannele war Edith Witt; sie hatte das große Leid, sie ließ uns trauern. Alfred Braun, der den Lehrer Gottwald sprach, war sehr stark am Anfang, ermüdet gegen den Schluß, vortrefflich aber als Regisseur: die Sorgsamkeit der Stimmbildung war diesmal ganz besonders spürbar. Der Berliner Sender hatte wieder einen großen Tag, wir fühlten ein Erlebnis. Die Harbichstigen hörten wie die Kinder, haben die dumpe schiefische Bauernstube, spürten den Haß und das Leid zwischen kleinen Menschen und engen Mauern, ahnten aber auch das überirdische Große, das ein Kinderherz hier offenbar. Licht in der Winternacht des Totensonntags und der Armeuteumelt!

Familiendrama eines Bärenmüllers.

Wegen Geschäftsschwierigkeiten mit Frau und Kind in den Tod.

Eine furchtbare Familiendrama spielte sich in der Nacht zum Sonntag in dem Hause Schellingstr. 10 ab. Hier wurde in seiner Wohnung der 32 Jahre alte Kaufmann und Bärenmüller Erich Falkenstein mit seiner 28jährigen Ehefrau Elisabeth und seinem 2 Jahre alten Söhnchen erschossen aufgefunden. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Die bei Falkenstein beschäftigte Hausangestellte war am Sonntagabend gegen 11 Uhr nach Hause gekommen. Ausnahmsweise hatte ihre Herrschaft sie am Nachmittag fortgeschickt und ihr 3 W. zum Besuch eines Kinos geschenkt. Als das Mädchen um 11 Uhr heimkehrte, fand es in seinem Zimmer einen Brief von Frau Falkenstein. Bewundert öffnete es ihn und fand darin 40 M. und ein Armband. In dem Schreiben teilte Frau F. dem Mädchen mit, daß sie und ihr Mann aus dem Leben scheiden und auch ihr Söhnchen mitnehmen wollten. Sie seien den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr gewachsen. Das Geldgeschenk sollte es dem Mädchen ermöglichen, sich in Ruhe eine neue Stellung zu suchen. In Anerkennung ihrer treuen Dienste und ihrer Freundschaft gegen das Kind vermachte sie ihm das Armband. Weiter hat sie das Mädchen, die Polizei sowie eine bekannte Dame zu benachrichtigen. Diese sollte es übernehmen, der Mutter der Frau F. den Tod der Tochter, des Söhneerbes und des Enkelkinds mitzuteilen, aber nicht vor dem folgenden Morgen. Das Mädchen lief eifrig durch die Wohnung und fand im Schlafzimmer Herrn F. tot auf seinem Bett liegen. Der kleine Knabe lag mit einer Schußwunde im Kopf ebenfalls tot in seinem Bettchen. Frau F. lag im Nebenzimmer auf einem Ruhebett. Sie gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Das Mädchen alarmierte die Polizei, die sofort für die Uebersführung der Frau F. in das Elisabeth-Krankenhaus Sorge trug. Dort liegt sie mit so schweren Verletzungen danieder, daß wenig Aussicht besteht, sie am Leben zu erhalten. Aus zahlreichen hinterlassenen Briefen an Geschäftsfreunde und Verwandte geht hervor, daß Falkenstein sich zuerst erschossen hat. Danach tötete Frau F. ihr Kind und schloß dann auf sich selbst. Falkensteins Geschäft, die früher sehr gut gingen, hatten in letzter Zeit eine Stockung erfahren. Als das Ehepaar keinen Ausweg mehr sah, beschloß es, seinem Leben ein Ende zu machen.

Beileid zum Tode Dr. Weyls.

Anlässlich des Hinscheidens des Genossen Dr. Weyl sind der Familie des Verstorbenen eine Anzahl von Beileidsbriefen und Telegrammen von Vertretern der Regierung, des Magistrats sowie Einzelpersonlichkeiten zugegangen. Ihr Beileid haben u. a. ausgedrückt: Genosse Reichstagspräsident Lobe, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bürgermeister Scholz, Magistrat der Stadt Berlin, Genz. Böh, Bamberg, Oberpräsident Dr. Reyer, Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Luise Ebert, Minister Hirtzfelder im Namen des Wohlfahrtsministeriums, Kultusminister a. D. Dr. Boesig und viele andere. Der Magistrat schrieb folgendes: Sehr verehrte gnädige Frau! Mit tiefer Trauer hören wir von dem Hinscheiden Ihres Gatten. Nehmen Sie namens des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung von Berlin den Ausdruck tiefsten Mitgeföhls und herzlichster Anteilnahme entgegen. Jahrzehntelange Arbeit Ihres Gatten in der städtischen Verwaltung und seine besondere Fürsorge, die er namentlich der großstädtischen Gesundheitspflege und der allgemeinen Wohlfahrt widmete, sichert ihm in der Stadt Berlin ein ehrendes Andenken. In aufrichtigem Mitgeföhls. — Das Wohlfahrtsministerium, gez. Hirtzfelder, schrieb u. a.: „Die großen Verdienste des Verstorbenen um die Volksgeundheit sichern ihm ein dauerndes ehrendes Andenken.“

Die Einäscherung findet, wie bereits mitgeteilt, am Mittwoch, den 25. November, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Gegen den Kunstterror der Justiz.

Eine Protestkundgebung im Lehrervereinshaus.

Die „Bereinigung linksgerichteter Berleger“ hatte am Sonntag vormittag zu einer Protestkundgebung gegen die Justizwillkür in das Lehrervereinshaus am Alexanderplatz gerufen. Eine stark linksradikale Rote der Versammlung war unverkennbar, wenn auch die meisten Redner sich bemühten, ihr Thema sachlich zu behandeln. Eine Angelegenheit für sich war die geschmacklos aufdringliche Propagandaschriftenreklame der KPD-Parteibureaus in der Vorkolle. Erheblich aus dem Rahmen fiel auch Herr Willi Münzenberg, der, wie üblich, unter völliger Verkennung der Situation, ausgesprochen kommunistisch plädierte und bei Erwähnung Sowjetruhlands minutenlang Sturmszenen der Anarchisten heroorrief. Wenn Herr Münzenberg im Zusammenhang mit Kustlen für die Freiheit alles Geistigen spricht, so ist das immerhin von einiger Intelligenz. Es sprachen u. a. Rechtsanwalt Wolf, Regisseur Emil Lind, Erich Mühlam, Justizrat Fraentl und Ernst Toller. Lind wandte sich in seinen dialektisch sehr einflussreichen Darlegungen gegen den Kunstterror einer geistlosen Bureautratie, die die Welt am liebsten zu einer Sammlung von telephonierenden Höhlenbewohnern machen möchte. Das Verbrechen gegen das lebendige geistige Leben sei eine Vergeßlichkeit der wertvollsten Kräfte des deutschen Volkes. Gegen diese Taktik der Entseelung mit größter Energie Front zu machen, ist die Pflicht aller Ehrlichen und Schaffenden. Ernst Toller machte von einem neuen Uebergang der kunstpolitischen Justiz Mittelung. Ihm sollte in Weimar die Vorlesung des „Hintemann“ verwehrt werden. (Lebhaftes Jura.) Trogdem hat Toller den „Hintemann“ gelesen. Die zahlreich anwesenden Kriminalbeamten enthielten sich jeder Störung. Eine Resolution, die gegen die Generalkonferenz der deutschen Justiz wider alles Linksgerichtete protestierte und auch des wegen einiger Resolutionen zu einer Gefängnisstrafe von — 15 Monaten verurteilten Schauspielers Hoff Gärtners gedachte (wann endlich kommt in dieser unglaublichen Affäre die gebieterisch notwendige Amnestie?), wurde angenommen.

Nächtlicher Ueberfall jugendlicher Rowdies.

Zu schweren Ausschreitungen kam es in der Nacht zum Sonntag vor einer Gastwirtschaft in der Kallinischen Allee. Gegen 12 1/2 Uhr hatte der Wirt etwa 10 junge Leute aus seinem Lokal entfernt, weil sie sich ungebührlich betrogen. Um 1 Uhr schloß er sein Geschäft. Die hinausgeworfenen hatten die Zwischenzeit dazu benutzt, um sich bei Gleichgesinnten, etwa 20 Mann, Verstärkung zu einem Nachzug gegen den Wirt zu holen. Sie zogen vor das Lokal und forderten Einlass. Als ihnen dieser verweigert wurde, versuchten sie, mit Gewalt einzudringen und zertrümmerten den Rolladen. Durch eine beschädigte Stelle schloß einer von ihnen in das Lokal hinein. Ein Schuß traf den am Billard stehenden Strahenbahnbesitzer Paul Uhr aus der Schobomerstraße 46 in die Brust. Uhr brach sofort zusammen. Der Wirt alarmierte das Ueberfallkommando. Als die Beamten anrückten, ergieß die ganze Notte die Flucht. Personen, die unmitttelbar am Ueberfall beteiligt waren, konnten leider nicht mehr festgenommen werden. Der verletzte Schaffner wurde nach dem Krankenhaus in Buckow gebracht, wo er mit einem Lungenstecher schwer darnieder liegt.

Im 57. Lebensjahre ist gestern Sonntagabend in seinem Wohnort Kaulsdorf unser Genosse, der Buchdruckersattler in der Vormärzstraße, Carl Pollak, plötzlich aus dem Leben geschieden. Ein Herzschlag setzte diesem Kämpfer ein Ziel. Schon in seinen jungen Jahren schloß er sich der Arbeiterbewegung an und war bis zu seinem Tode ein tätiges Mitglied. Auch in der Vertreibung der Republik hat er seinen Mann immer gestanden. Als Mitglied des Reichsbanners Schwarzwald-Rot-Gold stand er mitten im Kampf. Nun hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ziel gesetzt. Wir werden seiner immer in Ehren gedenken. Der Tag der Beisetzung wird noch bekanntgegeben.

Gewerkschaftsbewegung

Kundgebung für Jugendschutz.

Schwung durch kommunistische Flegel.

Zum Abschluß seiner Jugend-Werbewoche hatte der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum gestrigen Sonntag eine würdige künstlerisch umrahmte Kundgebung in der Stadthalle veranstaltet. Mitwirkende waren das Streichorchester des Deutschen Musikerverbandes unter Leitung des Kapellmeisters Willy Kappelt und der Gemischte Chor Groß-Berlin, Dirigent Salha Horenstein. Als Sprecher waren die Genossen Prof. Hans Baluschek, Peter Graßmann vom Vorstande des ADGB, Gustav Sabath, Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB, Minister Severing und Minister a. D. Rudolf Biffell, vorgehen.

Den Kommunisten hatten es offenbar schon die Namen der Redner angetan, insbesondere aber der Name unseres Genossen Severing. Doch die Drahtzieher dieser festlichen gewerkschaftlichen Kundgebung für den Jugendschutz in ihrer Weise recht „leinhahnisch“ gegenüberstanden, zeigte sich schon am Eingang der Stadthalle, wo ein Trupp nicht mit Einlasskarten versehener jugendlicher Kommunisten Spalier bildete, nachdem die Schupo sich ihrem Drange entgegenstellte, sich ohne Einlasskarte Zutritt zu verschaffen. Selbstverständlich waren auch die jugendlichen Mitglieder der unter kommunistischer Leitung stehenden Gewerkschaften in entsprechender Anzahl eingeladen und — wie sich zum Schluß recht deutlich zeigte — ziemlich stark vertreten.

Abgesehen von eifrigen unangebrachten provozierenden Zwischenrufen nahm die Feier zunächst einen ruhigen eindrucksvollen Verlauf. Genosse Sabath erwähnte nach herzlicher Begrüßung die Jugend, sich mit der Gewerkschaftsgeschichte vertraut zu machen, damit sie die Bedeutung der Gewerkschaften erkennen und sie zu dem notwendigen Kultur- und Nachschub ausbauen helfen. Nur dann werden die Jungen zielklare Kämpfer der Zukunft werden, wenn sie sich ein reiches Wissen aneignen. Die Zukunft braucht Kämpfer mit einem starken Willen, Wollen und Können. Die Jungen gehören mit den Alten zusammen, damit sie reif werden, das ihnen dereinst anzuvertrauende Erbe im Sinne der Alten weiterzuführen.

Genosse Biffell gab hierauf einen Rückblick auf die Anfänge des Maschinenzeitalters und die damit einsetzende Ausbeutung der Kinderarbeit. Durch die Maschine wurde dem Menschen die Freude an der Arbeit, das große Geschenk, das nur den Menschen gegeben ist, genommen und vergällt. Die Maschine ging über die Menschheit hinweg wie eine Dampfwalze, alle Kultur und alles Menschentum zermalmend. Es ist eine Errungenschaft der Gewerkschaften, daß die Kinder vor der Profitgier des Kapitalismus geschützt und der Gedanke des Schutzes der Arbeitskraft, vorab des Schutzes der Kinder und der Jugendlichen verwirklicht wurde. Die Regierungen mußten schon deshalb gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Jugend einschreiten, da der Rekrutennachwuchs für das Heer gefährdet war. Wenn man heute sieht, wie die Unternehmer gegen die Jugendschutzbestimmungen Sturm laufen, wird man lebhaft an die Zustände von vor 100 Jahren erinnert. Um diese Anschläge des Unternehmertums, die sich in letzter Zeit mehren, zurückzuweisen, müssen die Jugendlichen die Kampftruppe der freien Gewerkschaften stärken helfen.

Nun machte Genosse Knoll vom Vorstand des ADGB in Vertretung des Genossen Graßmann den Jugendlichen klar, daß alle bisherigen gewerkschaftlichen Bestrebungen im Interesse des Jugendschutzes lagen und fernziel liegen werden. Sei es die Erringung besserer Entlohnung, kürzerer Arbeitszeit oder anderer Verbesserungen, all das, was die Gewerkschaften erreichen, ist praktischer Jugendschutz. Es ist aber lange noch nicht alles erreicht. Wenn auch meist die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen der Jugendlichen durchgeführt ist, so klafft doch eine große Lücke in der zeitgemäßen Regelung des Lehrlingswesens. Auch dieses Ziel wird erreicht werden, wenn

die Jugend geschlossen in den Gewerkschaften

für dieses Ziel an der Seite der Alten mitkämpft.

Nachdem noch einmal Gesang und Musik in den Bann weichen vollen Erlebens zwang, ergriß Professor Hans Baluschek das Wort. Er betonte, daß die Kunst nicht ein Vorrecht der bestehenden Klasse sei, sondern Gemeingut des ganzen Volkes sei. Die Gewerkschaften müssen das Sammelbecken der Jugend werden, in denen durch planmäßige Schaltung ihr Verständnis für die Kunst geweckt und gefördert wird. Die schaffenden Künstler sind gern bereit, sich in den Dienst dieser edlen Sache zu stellen. Das hohe Ziel der Gewerkschaften verlangt Charaktererziehung, die durch nichts besser als die Kunst erreicht werden kann. Jugendschutz und Kulturpolitik lassen sich nicht voneinander trennen, das haben auch die Gewerkschaften erkannt. Ihr Klassenkampf ist zugleich Kulturkampf. Der Jugend höchstes Ziel muß es sein, zu Mitkämpfern für diese Ideen zu werden.

Als nun Genosse Severing das Wort ergriffen hatte, entstand wie auf Kommando ein großer Tumult. Severing hatte kaum einige Worte gesprochen, als er durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen wurde. Einer der lautesten Zwischenrufer wurde aufge-

fordert, die Halle zu verlassen. Als Antwort bekam der Auffordernde sofort Schläge ins Gesicht. Die Ordner suchten den Ruheförder zu entfernen, worauf Pfeifensignale ertönten und Gejohle laut wurde, um Severing am Sprechen zu verhindern. Ueber Bänke und Stühle hinweg stürzten die „Aungstürmer“ und versuchten eine regelrechte Prügelei zu inszenieren. Schließlich kam die Polizei dazwischen und machte dem kommunistischen Spektakel ein Ende. Infolge dieser bedauerlichen Vorgänge war es leider nicht möglich, das Programm der Feier, das noch einige künstlerische Darbietungen vorsah, zu Ende zu führen. Genosse Sabath schloß die Veranstaltung mit einigen kurzen Worten, in denen er hervorhob, daß nun wohl jeder ermessen könne, wo die wirklichen Feinde der gewerkschaftlichen Einheitsfront zu suchen sind.

Das beschämende kommunistische Zwischenspiel konnte den guten Eindruck, den die Veranstaltung auf alle die Teilnehmer gemacht hat, denen der Jugendschutz und die Kulturarbeit der Gewerkschaften im allgemeinen, eine ernste und heilige Sache ist, nicht verwischen. So bedauerlich auch der Ausgang, so war der Verlauf der in der Hauptsache ungestörten Veranstaltung für die alten und die jungen Gewerkschafter dennoch erhebend.

Die „Rote Fahne“ versteht ihren Siegesbericht mit der für sie bezeichnenden niederrichtlichen Ueberschrift: „Severing provoziert eine gewerkschaftliche Jugendversammlung.“ Nach der läugerischen Behauptung, daß auf den Zwischenruf eines jugendlichen der Jugendsekretär des ADGB, den Zwischenrufer durch Faustschläge ins Gesicht angegriffen habe, wech sie zur Beauftragung ihrer Ueberschrift nur zu sagen, daß durch den von ihren Anhängern provozierten Tumult die Kundgebung unterbrochen wurde, „so daß Severing nicht sprechen konnte“.

Das war offenbar der Zweck der Uebung und die SPD mag sich des „Erfolges“ freuen, der Gewerkschaftsjugend die Freude an dieser einzigartigen Kundgebung für den Jugendschutz getrübt zu haben. Die Drahtzieher der Zwietracht, die die SPD auch hier austreute, wird ihr zu dem Verhängnis werden.

Dr. Meißinger und die Beamten.

Der Herausgeber der „Befo“ (Beamten-Korrespondenz) hat den durch seine Allernächste bekannten Arbeitgeberverbandsleiter über die Frage interviert, wie sich „die Wirtschaft“ angeht, die gegenwärtigen Verhältnisse die weitere wirtschaftliche Entwicklung denke, weiter aber, ob „die Wirtschaft“ sich nicht veranlaßt sehe, im Interesse der Wiederbelebung des inneren Marktes ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt gegen Gehaltserhöhungen zu revidieren. Das Ergebnis dieser Befragung teilte die „Befo“ in folgenden Sätzen mit:

„Herr Dr. Meißinger erklärte uns hierauf, daß seitens der Wirtschaft auf die Regierung keinerlei Druck ausgeübt werde, um Gehaltserhöhungen für die Beamten zu verhindern. Die Arbeitgeberseite verhalte sich heute der Notwendigkeit einer solchen, insbesondere für die großen Massen der unteren und mittleren Beamten, nicht, zumal kein Mensch bestreiten könne, daß seit der Denkschrift der Arbeitgeberverbände eine mindestens 8- bis 10prozentige Lohnerhöhung eingetreten sei.“

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ brachte am Sonnabend in ihrer Wochenbeilage für Beamte die Ausführungen der „Befo“ und spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß in dieser Richtung nur von der unteren und mittleren Beamtenschaft gesprochen werde. Auch in der höheren Beamtenschaft herrsche teilweise recht bittere Not. Ob man denn wirklich glaube die höhere Beamtenschaft übergehen zu können?

„Wir können uns nicht denken — meint das Blatt — daß Herr Dr. Meißinger, als Vertreter der Arbeitgeberverbände, die stets Berücksichtigung des Leistungsprinzips auf ihre Fahnen geschrieben haben, sich derart einseitig für die Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten ausgesprochen hat.“

Die höhere Beamtenschaft müsse fordern, daß eine prozentuale Aufbesserung aller Gehälter erfolge.

Was uns, die wir die Wünsche der höheren Beamten für weniger dringlich erachten als die der unteren und mittleren Beamten, an dieser Erklärung des Arbeitgeberverbandsvertreters am meisten interessiert, ist das Zugeständnis, daß die in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vertretene Arbeitgeberseite heute der Notwendigkeit einer Besserstellung der großen Massen der unteren und mittleren Beamten nicht mehr verschließt. Daraus ergibt sich auch nicht mehr gegen Lohnerhöhungen wenden will.

Ein Betriebsratsmitglied bei Siemens-Schuckert entlassen.

Am Präferwerk der Firma Siemens-Schuckert wurde am 15. Oktober der Arbeiter Sch., der dem Wahlortstand für die Betriebsratswahl angehört, in den Betriebsrat gewählt und am Nachmittag desselben Tages, als die Wahl bereits durch Aushang bekannt gemacht war, sofort entlassen. Als Entlassungsgrund wurde angegeben, Sch. habe am 14. und 15. Oktober, ohne den Meister zu fragen, auf kurze Zeit seinen Arbeitsplatz verlassen.

Sch. klagte beim Gewerbegericht auf Fortzahlung seines Lohnes, da er als Mitglied des Betriebsrates nicht ohne dessen Zustimmung entlassen werden dürfe. — In der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß Sch. den Meister nicht um Erlaubnis fragen konnte, weil derselbe zur Zeit nicht anwesend war, daß er aber dem Vorarbeiter von seinem Fortgehen Mitteilung gemacht hatte, um am 14. in seiner Eigenschaft als Wahlortstand und am 15. in seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied

mit dem zweiten Vorsitzenden des alten Betriebsrates zu sprechen. Von dem Vertreter der Firma und dem als Zeugen vernommenen Meister wurde der Hergang so dargestellt, als ob Sch., von dessen Wahl man bei der Entlassung noch nichts gemerkt habe, ohne jede Befugnis seinen Arbeitsplatz verlassen und sich in der Vorhalle aufgehalten habe, wo er nichts zu suchen habe. Dann wurde aber festgestellt, daß durch die besagte Vorhalle der kürzeste Weg zum zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates führt. Über diesen Weg zu beruhigen ist nicht gestattet, Sch. hätte, um zum Betriebsratsvorsitzenden zu gelangen, den vorgelegenen dreimal so weiten Weg nehmen müssen. Schließlich mußte auf Befragen der Meister selbst zugeben, er habe gesehen, daß Sch. mit dem zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates sprach. Damit war also die Behauptung, Sch. habe sich unbefugt von seinem Arbeitsplatz entfernt, hinfallig geworden.

Als nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme eine Beurteilung der Firma mit Sicherheit zu erwarten war, erklärte sich ihr Vertreter, der in ähnlichen Fällen immer auf eine grundsätzliche Entscheidung zu dringen pflegt, zu einem Vergleich bereit, wonach die Firma dem Kläger 300 M. zahlt.

Die Unternehmer lassen sich die Befestigung miffliebiger Betriebsräte, offenbar als „abschreckendes Beispiel“, etwas kosten — wenn es nicht kostenlos geht. Sie haben ja dazu!

Zigarettenindustrie! Am Mittwoch, den 23. November, nachmittags 5 Uhr, im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Str. 11/12, Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzender. Kartellbesprechung und Beirat 1/2 Stunde früher. Der Kartellbesprechungsamt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Wedding: Beiratsbesprechungen: Heute Montag abends 7 Uhr Kartellbesprechung im Schung-Faal, Weddingheim.
2. Kreis Kreuzberg: abends 7 Uhr bei Heim, Urbanstr. 20, erweiterte Kreisvorsitzendensitzung. Wichtige Tagesordnung.
Jugendaktivitäten. Die Gruppen Charlottenburg, Friedenau, Tiergarten, Schöneberg, Wilmersdorf beteiligen sich heute abends an der Geländereise im Park Sandberg, Prinz-Albrecht-Str. 2. Die Werbebeiratsbesprechung findet heute nicht statt. — Anfang abends 7 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaftslokale: Berlin S 14, Schönhaferstr. 37/38, 2. u. 3. Etz.
Kartellbesprechung (Spielmannschor). Di., 24. 11. 6.45 Uhr, Kartell bei Waidl, Rindenschänke, Princesstr. für alle Spielzeuge mit Instrumenten. Abfahrt 7.11 Uhr nach Schwabau. Nachmittags wird verspielt.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 22. November.

1. Rennen. 1. Kurstich (Lichtensfeld), 2. Angold Halle, 3. Karla. Toto: 519 : 10. Platz: 81, 15, 16 : 10. Ferner liefen: Kopele, Constance, Die Dexte, Gieselfried, Gieselfeld Sohn, Ulan, Weinbrand, Franke, Lustschiffer, Spahn L.
2. Rennen. 1. Baronesse (H. Müller), 2. Frechheit, 3. Furgot I. Toto: 60 : 10. Platz: 27, 13, 21 : 10. Ferner liefen: Copel, Precious, Watta, Rind, Wigold, Angriß, Handlitz, Alene, Gassenmühl, Franck, 3. Rennen. 1. Wlad (G. Müller), 2. Cuba, 3. The Rita. Toto: 20 : 10. Platz: 14, 17, 15 : 10. Ferner liefen: Kitz Darling, Admireable, Klorie, Applaud, Belle, Rappach, Normand, Importeur, Indianer, Paula Dingen, Linke, Corona Mc. Kinnin.
4. Rennen. 1. Wlad (G. Müller), 2. Florentiner, 3. Ratione Jordee. Toto: 13 : 10. Platz: 11, 13 : 10. Ferner liefen: Doris, Dackbruder.
5. Rennen. 1. Flora Dingen (G. Müller), 2. Edda, 3. Manfred. Toto: 169 : 10. Platz: 34, 43, 19 : 10. Ferner liefen: Baron Klatsch, Alenzer, Peter Harveller, Vestice jr., Gotta, Heubun, Kontrefina, Baffers, Kammerringer, Dampff J.
6. Rennen. 1. Abteilung: 1. Mona B. (H. Müller), 2. Kerrigan jr., 3. Danica. Toto: 39 : 10. Platz: 20, 16, 36 : 10. Ferner liefen: Rodelle I., D. Capt. Zerberg, Beng I., Friedrich Rex, Weinmünze, Erb. Wollers, Graf, — 2. Abteilung: 1. Klorie (G. Müller), 2. Unbeli, 3. Torero. Toto: 71 : 10. Platz: 25, 29, 26 : 10. Ferner liefen: Walfönigin, Chellesand, Dittschon, Altmort, Gortianus, Droschke, Oessa, Katarin I.
7. Rennen. 1. Edda (G. Müller), 2. Fels, 3. Brogath. Toto: 150 : 10. Platz: 22, 25, 23 : 10. Ferner liefen: Lord Elterlie, Althöfner, Stella Hart, Feuerwerk, Jay Lee.
8. Rennen. 1. Inge I. (H. Müller), 2. Konul, 3. Turmbau. Toto: 183 : 10. Platz: 25, 22, 23 : 10. Ferner liefen: Duanität, Amelner, Selbia Stout, Schwarmmühl, Harmsle, Venus, Alexander G., Kletterle, Kralcher, Rocina, Bettie, Sellina, Kinkobner, Worgentun, Göttingen II., Giabalter I., Carlita D., Maria, Kapidin Halle, Celata, Langemann, Ocean Glil.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Seltenrath; Gewerkschaftsbewegung: Erbe, Sahren; Kunst: R. A. Böhm; Politik: Kofales und Conhans; Reichsbanner: Anzeiger; 23. Klasse: Schmidt in Berlin. Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin, Brand: Hermann-Berlag, Berlin und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin 698, 68, Lindenstraße 2.

Emser Wasser (Kränchen) Pastillen-Quellsalz gegen **Katarrhe, Grippe, Sodbrennen** usw. **Emsolith**, das Beste für die Zähne.

Wir fabrizieren gute Herren- und Knabenkleidung und schalten dadurch jeden vericreren Zwischenhandel aus, deshalb am leistungsfähigsten und am billigsten. **S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12.**

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: **Der Kreidekreis** von Klauud **Hammerspiele** 8 Uhr: **Sechs Personen suchen einen Autor** von Pirandello Regie: M. Reinhardt **Die Komödie** Aufführungsdatum 207 8 Uhr: **Gesellschaft** v. John Galsworthy Regie: M. Reinhardt **Städtische Oper** Charlottenburg Heute 8 Uhr: **Tiefenland** Abonnements-Tariff I

WINTERGARTEN November - Sensationen! auf allen Gebieten der internationalen Variété-Kunst Sonnt. nachm. 7 1/2 Uhr — halbe Preise **Reichshallen-Theater** Monats 8 Uhr 2. Sonntag nachm. 3 Uhr **Sittlicher Sänger** **Der Bubikopf** Burleske von Meyzel **Dönhoff-Bratt!** Das beliebteste Berliner Familien-Variété **Elite-Sänger** Kottbuser Str. 6 — Tel. April 190 72 Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 5 Uhr (zu halben Preisen) **Klubbrunde** monatlich 10 Mk. Der alle Berliners Lehrers, Lebenshilfe Zum Schluß: **77 Jugendsünde??** sowie der unvergleichliche Solotell.

Großes Schauspielhaus **Für Dich!** **CHARELL-REVUE!** 300 Mitwirkende **3ter Rang 75 Pi.** Sonntag nachm. 3 Uhr unverkürzt zu ermäßigten Preisen

Gardinen Sonderangebote - Käufe in Resten **Gänse** in nur bester Qualität **Tapeten** 25 Pl. 30 Pl. 35 Pl. **Tapeten-Magazin Humboldt** Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße

Ummantelung **Berliner Elektriker-Genossenschaft** angehrli. dem Verb. sozialer Bauverbände Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 **Verkaufe** **Reichmann-Rohmaschinen** für Hausgebrauch und Gewerbe **Verkaufe** **Reichmann-Rohmaschinen** für Hausgebrauch und Gewerbe

LJUERGENS ALEXANDER PLATZ **Bettfedern** **Adolf Pohl** Dresdener Straße 15 **Fabrikgebäude**

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. **Verkaufe** **Kaufgesuche**